THÜRINGER LANDTAG
5. Wahlperiode

Drucksache 5/4557
13.06.2012

M ü n d l i c h e A n f r a g e

der Abgeordneten Berninger (DIE LINKE)

Nicht verkürzbare Ausbildungsgänge nach § 85 Abs. 2 (ehemals) bzw. § 180 Abs. 4 SGB III

Mit Schreiben vom 26. April 2012 wandte sich der Jugendhilfeausschussvorsitzende des Ilm-Kreises hinsichtlich der nicht verkürzbaren Ausbildungsgänge nach § 85 Abs. 2 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) - insbesondere in Bezug auf die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie Altenpflegerinnen und Altenpfleger an den Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Herrn Machnig.
In Bezug auf das Bildungsgutscheinverfahren für zwei Jahre und die Nichtfinanzierung des dritten Ausbildungsjahres führte der Vorsitzende aus, eine Eigenfinanzierung durch die Teilnehmenden oder die Gewährung eines Darlehens durch die Ausbildungsstätte entspreche nicht der Intention des Gesetzgebers und es bestehe die Gefahr, dass Maßnahmen aus wirtschaftlichen bzw. finanziellen Gründen abgebrochen würden.
Da der Minister bereits im Sommer 2011 während einer Tagung in Arnstadt ausgeführt habe, er wolle sich für eine rasche Lösung der Problematik einsetzen, erlaube sich der Ausschuss "nachzufragen, ob und gegebenenfalls wie eine Lösung diesbezüglich aussehen könnte".
Das Antwortschreiben des Ministers vom 22. Mai 2012 wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12. Juni 2012 als nicht eindeutig empfunden, insbesondere bezüglich der im Schreiben des Ausschusses angesprochenen Ausbildungen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Bezogen sich das in Antwortschreiben erwähnte "Spitzengespräch zur 'Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege'" im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der dabei verhandelte Kompromissvorschlag auch auf pädagogische Ausbildungen?

2. Wird die beabsichtigte Vereinbarung (die im Juni unterzeichnet werden soll) auch pädagogische Ausbildungsgänge oder lediglich die mögliche "dreijährige Förderung der beruflichen Weiterbildung nach SGB III in der Altenpflege durch die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter" beinhalten?

3. Fällt der Beruf der Erzieherinnen und Erzieher nach Auffassung der Landesregierung - wie es im Antwortschreiben den Eindruck erweckt - unter die Pflegeberufe?

Druck: Thüringer Landtag, 18. Juni 2012

4. Welche konkreten Schritte wurden bzw. werden von der Landesregierung unternommen, um die vom Jugendhilfeausschuss des Ilm-Kreises dargestellte Problematik zu lösen und wann rechnet die Landesregierung mit Ergebnissen?

Berninger